

Protokoll 3. Runder Tisch

11.02.2026, 14:00 – 17:00 Uhr

Salon, Hospitalhof (Stuttgart)

Teilnehmende:

Domenico Baumann (DRK Landesverband Badisches Rotes Kreuz)
Sina Binsau (Geschäftsstelle d. Landes-Behindertenbeauftragten)
Michael Castro (Gemeindetag Baden-Württemberg)
Matthias Frick (DLGR LV Baden / Stadt Schönau)
Annelen Fritz (Uni Tübingen / Zentrum für Inklusion Weinheim)
Dr. Friedrich Gabel (Uni Tübingen)
Marc Groß (DRK Landesverband Baden-Württemberg)
Christine Hachul (DRK Stuttgart Vaihingen)
Bettina Hamberger (DRK-Landesverband Baden-Württemberg e.V.)
Ann-Kathrin Hartter (Diakonie Württemberg)
Sven Jacobs (FDP/DVP-Fraktion Landtag Baden-Württemberg)
Bernhard Kähny (Inklusionsbeirat RNK, FörderGemeinschaftQuerschnittgelähmter)
Bärbel Kehl-Maurer (LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg)
Dr. Ute Kuhwald (Autismus Initiative Göppingen)
Jan Mahne (DRK Landesverband Baden-Württemberg)
Janina Maier (Württembergische Schwesternschaft vom Roten Kreuz e.V.) Nikolaus
Mantel (Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg)
Klaus Merz (Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg)
Nabila Munz (DRK Landesverband Baden-Württemberg)
Alois Niecholot (Landesseniorenrat Baden-Württemberg)
Irina Richter (Inklusionsbeauftragte Heilbronn)
Franziska Sebastian (Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Ba-
den-Württemberg)
Marion Schmid (Landesseniorenrat Baden-Württemberg)
Michael Tränkle (Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg .V.)
Rudi Werner (Lebenshilfe Göppingen e.V.)
Corinna Vigier (Inklusionsbeauftragte Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Kata-
strophenhilfe)
Nora Welsch (Landes-Behindertenbeauftragte Baden-Württemberg)
Maiju Zoé Wilhem (Landkreistag Baden-Württemberg)

Willkommen

Friedrich Gabel begrüßt im Namen der Initiative alle Teilnehmenden sehr herzlich und gibt einen Einblick in die Tagesordnung.

Marc Groß möchte sich recht herzlich bei dem Kreis der Initiative und allen Mitwirkenden für ihre bisherige Tätigkeit bedanken. Er betont, dass gerade aufgrund der Herausforderungen für den sozialen Sektor, die Auseinandersetzung mit dem Thema einer inklusiven Katastrophenvorsorge besonders wichtig ist.

Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen Nora Welsch berichtet, dass in den vergangenen zwei Jahren bereits viel zur Sensibilisierung für eine inklusive Katastrophenvorsorge erreicht wurde und das Thema inzwischen auch über Baden-Württemberg hinaus Aufmerksamkeit findet. Nun sei es wichtig, die weitere Verstärkung der Initiative in den Blick zu nehmen.

Franziska Sebastian vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (IM), übermittelt herzliche Grüße von Frau Scheifele und Herrn Gläser und unterstreicht dabei die hohe Bedeutung des Themas.

Arbeit der Initiative seit dem letzten Runden Tisch

- Friedrich Gabel berichtet, dass es derzeit keine klaren Standards unter Berücksichtigung vulnerabler Personengruppen in Baden-Württemberg gibt.

Diesen Herausforderungen wird sich nun im Rahmen eines Forschungsprojektes durch die Universität Tübingen unter der Leitung von Friedrich Gabel angenommen. **Forschungsprojekt zu Anforderungen eines inklusiven Katastrophens-Managements** (01.11.2025 – 31.10.2027). Eine Beteiligung der Mitwirkenden der Initiative ist ausdrücklich erwünscht. Mitwirkungsinteressen können gerne an friedrich.gabel@uni-tuebingen.de gerichtet werden.

Weitere Infos: [Innovation Grant: Anforderungen eines Inklusiven Bevölkerungsschutzes | Universität Tübingen](#)

- Sina Binsau berichtet über eine **Veranstaltung** des Arbeitskreises für inklusiven Umgang mit Extremsituationen und Notsituationen des Rhein-Neckar-Kreises zum Thema **Inklusion in Katastrophen- und Notsituationen** am 06.12.2025, bei welcher die Initiative vorgestellt wurde.

Link zum Nachschauen: [Veranstaltung Inklusion in Katastrophen- und Notsituationen](#)



- Zum 15.12.2025 ist das **neue Landeskatastrophenschutzgesetz Baden-Württemberg** in Kraft getreten. Dank des Engagements der Mitgliedsorganisationen, konnte eine Anpassung in §1 zum Zweck des Gesetzes erreicht werden. Dieser lautet nun:

Zweck dieses Gesetzes ist die Sicherstellung eines leistungsfähigen und wirkungsvollen Katastrophenschutzes [...]. Hierbei wird berücksichtigt, dass einzelne Personen oder Personengruppen in besonderer Weise Schutz und Hilfe benötigen und in ihrer Selbsthilfefähigkeit eingeschränkt sein können.

Franziska Sebastian ergänzt, dass voraussichtlich im Februar 2026 eine **Verwaltungsvorschrift zur Bevölkerungsschutzwarnung** veröffentlicht werden wird, die auch vulnerable Personengruppen mitberücksichtigen wird.

- Am 21.01.2026 ist die **Vortragsreihe der Initiative inklusive Katastrophenvorsorge** gestartet. Anmeldemöglichkeit und Übersicht zu den Terminen finden Sie im Flyer im Anhang:
 - Online-Veranstaltungsreihe der **Initiative inklusive Katastrophenvorsorge**
 - Januar- Juni 2026, jeden 3. Mittwoch des Monats jeweils online von 18:30 Uhr bis 20:00 Uhr
 - Anmeldemöglichkeit über den [Flyer](#)
 - Eine Dolmetschung in Deutscher Gebärdensprache ist in allen Sitzungen vorhanden
 - Die Sitzung simultan verschriftlicht und kann bei Bedarf in andere Sprachen übersetzt werden
- Die Initiative wurde als Pilotprojekt über 24 Monate angelegt und läuft vom Juni 2024 bis Mai 2026. Da im März 2026 Landtagswahlen in Baden-Württemberg stattfinden, ist die Art und Weise der **Fortführung der Initiative**, trotz großem Interesse seitens der Mitgliedsorganisationen, derzeit noch ungewiss. Um die Bedeutung und Zukunftsfähigkeit des Vorhabens sichtbar zu machen, wurde ein **Strategiepapier** erarbeitet. Dieses soll erläutern, warum das Thema inklusive Katastrophenvorsorge zentral ist, welche Ziele und Visionen die Initiative verfolgt, welche Potenziale eine Fortführung und Verstetigung bietet, welche Maßnahmen für die nächsten Jahre geplant sind und welche Optionen es für eine dauerhafte strukturelle Verankerung gibt.
- Der **neue Ratgeber des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Vorsorgen für Krisen und Katastrophen** fasst Vorbereitungs- und Handlungsempfehlungen für verschiedene Notsituationen zusammen. Er soll auch in leichter Sprache erscheinen.

Fragen und Anmerkungen aus der Runde:



- **Notfalltreffpunkte** in Baden-Württemberg sind noch nicht flächendeckend vorhanden und kommuniziert. Viele Menschen wissen nicht, wo sie diese Notfalltreffpunkte finden. Darüber hinaus sind sie nicht für alle vulnerable Gruppen ausgelegt.
- Seitens des Landkreistages wurde ergänzt, dass die unteren Katastrophenschutzbehörden für eine inklusive Katastrophenvorsorge sensibilisiert wurden, es jedoch weiterhin Entwicklungspotenzial gibt.
- **Fehlende Daten:** es ist nicht bekannt, welche Menschen konkreten Unterstützungsbedarf haben.

Besprechung des Strategiepapiers für die Fortsetzung der Initiative

Marc Groß berichtet, dass sich das Koordinierungsteam mit den Mitwirkenden am Strategiepapier austauschen möchte. Er betont dabei die Herausforderung, dass die Initiative bislang strukturell nicht verankert ist und daher auch über eine Verstetigung gesprochen werden muss. Zudem ist es ihm wichtig, dem Thema weiterhin deutlich Nachdruck zu verleihen – das steht außer Frage.

Grundsätzlich: Die Initiative hat ungemein viel Potential und Schlagkraft, mitunter aufgrund der Kompetenzen der Mitwirkenden

Ziele: Erforschung und Umsetzung inklusiver Katastrophenvorsorge nachhaltig verankern. Beitrag zur Resilienz bisher vielfach vernachlässigter Bevölkerungsgruppen leisten.

1. Nachhaltige Verankerung des Ziels einer inklusiven Katastrophenvorsorge in politischem und praktischem Handeln
2. Identifikation bestehender Herausforderungen und die Entwicklung angemessener Ansätze zu deren Bearbeitung
3. Unterstützung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (z.B. Katastrophenschutzbehörden, Feuerwehren, Hilfsorganisationen) und Kommunen bei der Etablierung inklusiver Einsatzkonzepte
4. Förderung von Selbsthilfe- & Vorsorgekapazitäten aller in Baden-Württemberg lebenden Menschen

Grundsätzliche Gedanken und Anmerkungen aus der Runde:

- Austausch muss lokal vor Ort gegeben sein. Nur dann können Bedarfe vulnerabler Gruppen entsprechend berücksichtigt werden. Das muss zum Standard werden. Nora Welsch betont, dass eine konsequente Einbindung aller relevanten Akteurinnen und Akteure unabdingbar ist. Es existieren bereits zahlreiche Konzepte, die jedoch in der Praxis häufig nicht angewendet werden. Ein zentrales Ziel ist daher, Transparenz darüber zu schaffen, welche Ansätze wo bestehen und inwiefern vulnerable Gruppen dabei angemessen berücksichtigt werden.

- Städte und Kommunen fühlen sich oftmals überfordert mit der Umsetzung und Berücksichtigung aller Interessen. Sie wünschen sich entsprechende Unterstützung von Seiten des Innenministeriums (konzeptionell und monetär)

Zum Strategiepapier:

- Im Strategiepapier wird deutlich, dass es sich teilweise **zu stark auf den Selbstaktionsanspruch** der betroffenen Personen stützt. Dabei müssen jedoch auch diejenigen berücksichtigt werden, die aufgrund ihrer Einschränkungen nicht eigenständig aktiv werden können (Michael Tränkle, Liga der freien Wohlfahrtspflege)
- Zudem könnte die Initiative eine aktivere Rolle beim Thema **Datenverfügbarkeit** übernehmen, um die notwendigen Impulse zu setzen und die Grundlage für eine wirksame Umsetzung zu schaffen. (Michael Tränkle, Liga der freien Wohlfahrtspflege)
- **Lobbyarbeit** für die Bedeutung des Themas muss noch stärker ausgebaut werden. Z.B. Übungen, „gemeinsam an einen Tisch setzen“
- **Katastrophenschutz:** Idee einer eigenen Struktur auf Gemeindeebene unter Einbindung des Bevölkerungsschutzes zur Unterstützung vulnerabler Personengruppen. (ggf. analog einer Art Nachbarschaftshilfe/ Quartiermanagement im Katastrophenfall). **Anknüpfungspunkt kann das Thema Quartiersmanagement sein.** Von Seiten des Sozialministeriums gibt es auf Ebene des Landkreistages eine Stelle, die sich dieser Weiterentwicklung widmet (Dr. Ute Kuhwald, Autismusinitiative Göppingen; Maiju Wilhelm, Landkreistag)
- Auch die Kommunen haben hier aufgrund des Datenschutzes große Herausforderungen. (Maiju Wilhelm, Landkreistag)
- Es ist notwendig, die **Selbsthilfekompetenzen** der Bevölkerung deutlicher in den Fokus zu rücken. Im Katastrophenfall kann nicht allen Personen gleichzeitig und umfassend geholfen werden – dies ist organisatorisch und ressourcenbedingt nicht darstellbar. Daher müssen die vielen offenen Fragen zur Stärkung der Eigenvorsorge weiter intensiv bearbeitet werden. Die Bevölkerung muss zusammenfinden. (Klaus Merz, Landesfeuerwehrverband)
- Deutschen Staatsangehörigen wird empfohlen sich unabhängig vom Land, das sie besuchen, und von der Dauer des Auslandsaufenthalts in die **Krisenvorsorgeliste „ELEFAND“** des Auswärtigen Amtes einzutragen. Analog zu diesem Verfahren, könnte eine Registrierung in Deutschland ein Ansatz sein. Eine Herausforderung bleibt die Aktualität der Daten – dennoch ein Ansatz. Ziel sollte es sein eine Gesellschaft zu erreichen, an der jeder Mensch eine Teilhabemöglichkeit hat. (Corinna Vigier, BBK)
- Hinweis auf den Ansatz des **forecast based financing** her. (vgl. [FbF-An innovative approach.pdf](#)) Niedrigschwellig kann hier schon viel bewegt werden. (Marc Groß, DRK Landesverband)
- **Teilnehmerkreis des runden Tisches** sollte noch ausgebaut werden, um möglichst alle Bedarfe von vulnerablen Personengruppen miteinbeziehen zu können (Irina Richter, KBB Heilbronn). Auch die Religionsgemeinschaften sollten mitgedacht werden (Bärbel Kehl-Maurer, LAG Selbsthilfe)
- **Forderungen** sollten sich an konkreten Beispielen orientieren. Der Krankenhausalarmplan soll auch für Pflegeheime zum Einsatz kommen. In allen

Landratsämtern gibt es **Gesundheitskonferenzen**, die für die Sensibilisierung des Themas genutzt werden können. (Franziska Sebastian, Innenministerium).

- **Registrierung** bei Katastrophen mit ergänzenden Informationen (z.B. zu Einschränkungen)

Zum Strategiepapier:

Die Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge Baden-Württemberg wurde 2024 gestartet, um Menschen mit besonderen Bedarfen – etwa Menschen mit Behinderungen, mit Migrationshintergrund sowie ältere oder sozial benachteiligte Menschen – besser in die Katastrophenvorsorge einzubeziehen. In den ersten zwei Jahren wurden zahlreiche Projekte, Vernetzungsformate und eine landesweite Bestandsaufnahme umgesetzt. Das Strategiepapier zeigt: Es besteht großes Interesse aller beteiligten Akteure, aber auch deutliche Lücken in Strukturen, Wissen und Kommunikation.

Für die Jahre 2026–2030 schlägt die Initiative daher vor, die Arbeit strukturell zu verstetigen, Forschung und Praxis besser zu verknüpfen, inklusive Einsatz- und Kommunikationskonzepte weiterzuentwickeln sowie die Selbsthilfekompetenzen der Bevölkerung zu stärken. Ziel ist eine nachhaltige Verankerung inklusiver Katastrophenvorsorge und damit eine höhere Resilienz des gesamten Landes.

Impuls aus der Praxis (via online)

Lee Schumann berichtet über seine Erfahrungen aus dem Stromausfall Berlin-Steglitz im Rahmen seiner Tätigkeit als Landesrotkreuzbeauftragter des DRK in Berlin.

Maßnahmen durch die Hilfsorganisationen

- Aufbau und Betrieb von Betreuungsstellen
- Patiententransport
- Personen mit Pflegestufe < drei wurden in entsprechende Einrichtungen verbracht
- Einsatzverpflegung

Erfahrungen

- Einrichtungen von Eingliederungshilfe wurden durch das THW abgefahren, um ggf. Notstromversorgung zur Verfügung zu stellen. Herausforderung der Einspeisemöglichkeit
- Über 100 Ausweichplätze für Personen, die aufgrund von ihren medizinischen Bedarfen nicht in der Einrichtung verbleiben konnten. Jedoch bestand der Fokus in der Aufrechterhaltung der Einrichtung, um eine Evakuierung möglichst zu vermeiden.

- Es gibt bestehende Internationale Standards: [All Under One Roof: Disability-inclusive shelter and settlements in emergencies | IFRC](#)
- In den Einsatzstäben wurde erkannt, dass diese Einrichtungen einen besonderen Bedarf haben und damit auch besonders schützenswert sind.

Ergänzende Richtlinie (Anmerkung von Corinna Vigier, BBK): [BBSR - Veröffentlichungen - Leitfaden Barrierefreies Bauen 2.0](#)

Hinweis von Corinna Vigier: [Kurs zu Diversity & Inclusion](#) der eu academy. Für die Teilnahme am Online-Modul ist eine Registrierung nötig, die Teilnahme ist kostenlos.

Ausblick, Formales und Abschluss

Für [Nora Welsch](#) ist es von großer Bedeutung, dass die Initiative fortgeführt wird. Sie hofft, dass das Thema nach der Landtagswahl weiterhin Priorität erhält.

[Marc Groß](#) hebt hervor, dass heute deutlich wurde, dass es bei diesem Thema nicht nur um seine Notwendigkeit geht, sondern auch darum, dass die gemeinsame Arbeit daran Freude macht.

Stuttgart, 11.02.2026